

Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/571**

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Mein Zeichen: VI 223 - H 6300-357
Meine Nachricht vom:

Bettina Hansen
Bettina.Hansen@fimi.landsh.de
Telefon: 0431 988-4192
Telefax: 0431 988-4173

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Günter Neugebauer, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

7. Februar 2006

nachrichtlich:

Herrn Präsidenten
des Landesrechnungshofes
Schleswig-Holstein
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstraße 30
24103 Kiel

Vorlage des Chefs der Staatskanzlei i.S. Gemeinsame Sitzung des Finanzausschusses mit dem Haushaltsausschuss der Hamburger Bürgerschaft am 9. Februar 2006, 18.00 Uhr, in Kiel

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen die Vorlage des Chefs der Staatskanzlei i.S. Gemeinsame Sitzung des Finanzausschusses mit dem Haushaltsausschuss der Hamburger Bürgerschaft mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Dr. Arne Wulff
Staatssekretär

Anlagen

**Der Chef
der Staatskanzlei
des Landes
Schleswig-Holstein**

6. Februar 2006

Herrn
Vorsitzenden
des Finanzausschusses des Schleswig-
Holsteinischen Landtages
Günter Neugebauer, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

über

Herrn
Finanzminister
des Landes Schleswig-Holstein
Rainer Wiegard
Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel

**Gemeinsame Sitzung des Finanzausschusses mit dem Haushaltsausschuss
der Hamburger Bürgerschaft am 9. Februar 2006, 18.00 Uhr in Kiel**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Ihnen bereits von der Hamburger Bürgerschaftskanzlei zugeleitete Liste über den Stand der Kooperationen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein, die anliegend noch einmal beigefügt ist, entspricht auch dem hiesigen Kenntnisstand der wesentlichen Kooperationsprojekte und ist deshalb auch aus meiner Sicht eine geeignete Grundlage für eine generelle Diskussion dieses Themas in der gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses mit dem Haushaltsausschuss der Hamburger Bürgerschaft am 9. Februar 2006 in Kiel.

Vorsorglich weise ich in diesem Zusammenhang darauf hin, dass diese Liste nur bedeutende Kooperationen aufführt, die auf ministerieller Ebene gesteuert werden. Darüber hinaus bestehen verschiedene weitere Formen der Zusammenarbeit

zwischen beiden Ländern, die allerdings nicht zentral erfasst sind und deren Erfassung auch zukünftig nicht vorgesehen ist. Deshalb erhebt die anliegende Übersicht keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz Maurus

Verwaltungskooperationen Hamburgs mit Schleswig-Holstein (Stand 11.11.2005)

Die folgende Liste enthält die zum 11. November 2005 in der Umsetzung oder Planung befindlichen Verwaltungskooperationsprojekte Hamburgs mit Schleswig-Holstein. Ebenfalls sind die Projekte enthalten, an denen Hamburg und Schleswig-Holstein zusammen mit weiteren Ländern der KND beteiligt sind.

Angesichts der großen Zahl von Kooperationen ohne zu Grunde liegenden formalen Abkommen sowie vieler Kooperationen, die sich ohne Betreuung durch SK entweder seit vielen Jahren in der Umsetzung befinden, oder aber unmittelbar von den Fachbehörden oder Fachministerkonferenzen entwickelt werden, kann keine Vollständigkeit gewährleistet werden.

Anmerkung:

- Seit vielen Jahren „laufende“ Projekte sind nur kurz genannt.

Kooperationsprojekt

Metropolregion Hamburg (MRH) und ihre Modell- und Leitprojekte

Die MRH ist ein großes trilaterales politisches Verwaltungskooperationsprojekt mit eigenen Gremien und eigener differenzierter Struktur. Finanziell wird die MRH durch zwei Förderfonds (HH-SH und HH-NI) sowie von den Trägern zu erbringende Arbeitstabmittel sowie Personalleistungen gespeist.

Zur Zeit etwa 65 Modell- und Leitprojekte, von denen viele mal mehr, mal weniger auch den Charakter von Verwaltungskooperationen haben.

Teilweise handelt es sich um auch in anderem bilateralen oder trilateralen Kontext stehende Projekte, die auf diesem Wege eine Förderung durch die MRH erfahren.

Als größere Projekte sind beispielhaft zu nennen:

- Blaues Metropolnetz - Lebensadern für Mensch und Natur
- Geodateninfrastruktur Metropolregion Hamburg
- Wachstumsinitiativen Süder- und Norderelbe
- MetroloCard
- E-Government
- Gewerbemesse Expansion
- Länderübergreifender Hochwasserschutz an Binnengewässern
- Maritime Landschaft Unterelbe

- Regionale Kooperation im Urstromtal Elbe
NDR Staatsvertrag
Kooperation der Medienanstalten HH-SH
Wachstumsinitiative Norderelbe Ziel: Branchenorientierte regionale Wirtschaftsförderung gemeinsam mit schl.hst. Lkr. und SH durch einzelne mit privaten und öffentlichen Trägern zu entwickelnde und umzusetzende Projekte. Teilnehmer neben SH und HH, die Kreise Stormarn, Pinneberg, Segeberg, Steinburg, Lauenburg Dithmarschen sowie die Stadt Neumünster.
Zusammenarbeit der Ländervertretungen in Brüssel Ziel: Gemeinsame Informationsaufbereitung der Vertretungen in Brüssel. Prüfung einer gemeinsamen Unterbringung von vier Ländern bis Ende 2006 Teilmenge: Seit 1991 Gemeinsames Hanseoffice SH und HH Staatsvertrag HH-SH vom Oktober 2005 über das Hanse-Office in Brüssel und ein neues Hanse Office in St. Petersburg und weitere Fragen der Zusammenarbeit auf EU Ebene.
Europäische Meerespolitik Entwicklung einer gemeinsamen Position der Norddeutschen Länder für ein Grünbuch einer europäischen Meerespolitik der EU
Kooperation bei der Wasserrahmenrichtlinie und der Umgebungslärmrichtlinie Ziel: Entwicklung und Abstimmung von Maßnahmen zur Wasserrahmenrichtlinie an Bille, Alster, Düpenau und Wedeler Au sowie zur Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie
Rationalisierungspotential in Dienststellen mit Geodaten Ziel: Erheben, Führen, Aktualisieren und Vertrieb von Geodaten auf der Grundlage gleicher DV-Komponenten, Einbeziehung von öffentlichen Geofachdaten im Rahmen von Kooperationen. Teilmenge: Einführung einer gemeinsamen Datenerhaltungskomponente (mit BW und RP) Teilmenge: Einführung einer gemeinsamen Verarbeitungs- und Präsentationskomponente sowie eines gemeinsamen Internetvertriebs. Teilmenge: Bilaterale Kooperation der Landesämtern für Geoinformation
Staatsvertrag zwischen der FHH und SH über eine „ Gemeinsame Benennung von Überwachungsstellen nach dem Geräte- und Produktsicherheitsgesetz (GPSG) “
STRING (EU Förderprogramm)
Gemeinsames Vorgehen im Bereich der Bundesverkehrswegeplanung

Zusammenarbeit der Straßenbauverwaltungen (Planung von Straßenbauvorhaben, Verkehrsbeeinflussungsanlagen)
Zusammenarbeit im ÖPNV (Gemeinsame Regie, Verantwortung, Tarifierung und Setzen der Qualitätsstandards in der HVV Gruppe)
Zusammenarbeit der Landesvermessungsämter
Kooperation der Geologischen Dienste SH und HH
Gemeinsame Förderung des Wohnungsbaues im nördlichen Hamburger Umland
Viking (EU-Telematik-Projekt)
Zusammenarbeit im Bereich der Gewässerplanung
Norddeutsches Entsorgungskonzept für Sonderabfälle
Gemeinsame Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen (GBS) (Errichtung und Betrieb der einzigen Sonderabfalldeponie beider Länder, Serviceleistungen für Dritte)
Zusammenarbeit im Bereich der Entsorgung von Bau- und Abbruchabfällen
Zusammenarbeit im Bereich der Wassergütemessung in den Küstengewässern
Zusammenarbeit im Rahmen der ARGE Elbe (u.a. Wassergütestelle Elbe als gemeinsame Einrichtung)
Gemeinsame Vergiftungsberatung / Giftinformationszentrum-Nord (GIZ-NORD)
Gemeinsame Sonderstelle zur Bekämpfung unfallbedingter Meeresverschmutzungen
Nutzung des Fachsamtes für Umweltuntersuchungen der FHH durch SH im Rahmen der Durchführung des Gentechnikgesetzes
Gemeinsame Landessammelstelle für radioaktive Stoffe
Verfassungsschutzämter - Kooperation in den Bereichen <ul style="list-style-type: none"> - Geheimschutz - Spionage - Lauschabwehr - Beschaffung
Teilmenge: Fernmeldeüberwachung Abkommen vom 1.8.2002 zwischen HH, MV, SH)
Zusammenarbeit der Landesfeuerwehrschulen bei der Aus- und Fortbildung im Brand- und Katastrophenschutz
Kooperation zwischen den norddeutschen Landesfeuerwehrschulen. Ausbildung für den gehobenen Dienst an den Schulen in Celle und Hamburg Kooperation in den Bereichen: <ul style="list-style-type: none"> - Ausbildung mittlerer und gehobener Dienst - Belegung von Speziallehrgängen - Zivilschutzbezogene Ausbildung - Fortbildung des Lehrpersonals - Abdeckung von Personalspitzen

Teilmenge: Vereinbarung HH-SH. Landesbedienstete im gehobenen Dienst werden in HH ausgebildet. Regelmäßig abgestimmtes gemeinsames Lehrprogramm.
Fusion der Statistischen Landesämter zum Statistischen Amt Nord Ziel: Gemeinsame effektivere und kostengünstigere Erfüllung der Aufgaben der amtlichen Statistik für HH und SH.
Kooperation im Bereich Maritime Sicherheit Ziele: <ul style="list-style-type: none"> - Koordination der Designated Authorities - Abstimmung für den Musterentwurf eines Hafensicherheitsgesetzes und Verfahrensanweisungen. - Gemeinsame Fortbildung der Mitarbeiter
Vereinbarung zur Wahrnehmung polizeilicher Befugnisse in Gebieten der Nachbarländer
Gemeinsame wasserschutzpolizeiliche Wahrnehmung auf der Ober- und Unterelbe durch Hamburg
Abkommen über die länderübergreifende Zuständigkeit im Küstenmeer
Zusammenarbeit bei der Ausbildung der Anwärtnerinnen und Anwärtner für den höheren Polizeivollzugsdienst
Harmonisierung Bildungsfreistellung <ul style="list-style-type: none"> - Harmonisierung der landesrechtlichen Regelungen, Standards/Verfahrensabläufe - Einrichtung einer gemeinsamen Anlaufstelle für das Anerkennungsverfahren
Kooperation für die Erstellung und das Betreiben von neuen Sportanlagen (HH) Ziel: Entwicklung einer Vernetzung zwischen HH und SH beim Sportstättenbau und der Sportstättennutzung.
Nordverbund der Volkshochschulen
Olympiastützpunkt Hamburg/Kiel (Dulsberg)
Gastschulabkommen
Koordinierungsstelle zur Betreuung von potentiellen Opfern des Frauenhandels
Kooperation HH-SH im schulpolitischen Bereich u.a. auf den Feldern: <ul style="list-style-type: none"> - Neuordnung des gymnasialen Bildungsgangs, zentrale Schulabschlussprüfungen - Evaluation - Schulinspektion
Norddeutsches Strukturkonzept Ziel: Entwicklung eines Strukturkonzeptes auf vier Profilierungsfeldern <ul style="list-style-type: none"> - Luft- und Raumfahrt (Federführung hier HH) - Windenergie

<ul style="list-style-type: none"> - Ernährungs- und Agrarwirtschaft - Alternative Energien <p>Ziel ist die Entwicklung gemeinsamer Clusterpolitiken. Teilmenge: Entwicklung einer gemeinsamen Clusterpolitik SH und HH</p>
<p>Fusion der Eichämter SH und HH Ziel: Kostengünstige und effiziente gemeinsame Erfüllung der Aufgaben</p>
<p>Gemeinsame Obstbauberatung</p>
<p>Gemeinsame Nutzung der Bergämter NI als untere und mittlere Bergbaubehörden</p>
<p>Zusammenarbeit im Bereich der Landwirtschaftsverwaltung</p>
<p>Gemeinsamer Zulassungs- und Prüfungsausschuss für Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer, Wirtschafts- und Buchprüfungsgesellschaften</p>
<p>Zusammenarbeit der Forstverwaltungen Ziel: Zusammenarbeit der der Erfüllung von Aufgaben bis hin zum Austausch von Personal- und Maschinenressourcen.</p>
<p>Fusion der Landesbanken HH und SH zur HSH Nordbank</p>
<p>Kooperation auf dem Gebiet der Direktzahlungen des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) Übernahme des Auszahlungsverfahrens für Landwirte in HH durch SH</p>
<p>Vorhaben Großforschungsanstalten Teilmenge: Einzelkooperation HH-SH zur bei: XFEL/DESY</p>
<p>Arbeitsteilige Profilbildung bei Hochschulen Kooperationsfelder:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Abstimmung über Schwerpunktbildung. - Kooperation und Konzentration im Bereich der sog. kleinen Fächer (tätig vor allem die NWMK). - Verbesserung der Transparenz über Studienangebote. <p>Teilmenge: Bilaterale Kooperation HH und SH (vgl. Vorlage zur gemeinsamen Kabinettsitzung 28.9.2004, Vielzahl von Einzelvorhaben) Zur Zeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Abstimmung von Studiengängen - Konzentration der Fächer Slawistik und Skandinavistik - Konzentration im Bereich Archäologie und Ur- und Frühgeschichte - Arbeitsteilung im Bereich Rechtsmedizin
<p>Kooperation und Fusion im Bereich der Sozialversicherungsträger, Ziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Förderung der länderübergreifenden Zusammenarbeit, AOKs etc.

- Fusion der LVAs MV, HH und SH in 2005 erfolgt.
Lebensmittelüberwachung Ziel: Kooperation hinsichtlich der Bildung von Schwerpunktlaboratorien (SLP) auf der Grundlage eines Verwaltungsabkommens zwischen B, BB, HB, MV, NI, HH und SH
Gemeinsame Errichtung einer Isolierbettenstation am Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin (BNI) Ziel: Gemeinsame Erfüllung der staatlichen Pflichten aus dem Infektionsschutzgesetz
Kooperation beim Einsatz mittlerer Forschungsschiffe (Schiffspoolvereinbarung)
Gemeinsamer Aufbau und Betrieb eines Zentrums für Hochleistungsrechner
Gemeinsames Arzneimitteluntersuchungsinstituts
Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schifffahrtsmedizin durch das Zentralinstitut für Arbeitsmedizin der FHH
Betrieb des Norddeutschen Zentrums zur Weiterentwicklung der Pflege (NDZ)
Zusammenarbeit in der Krankenhausplanung und -versorgung
Zusammenarbeit im Bereich der Lebensmitteluntersuchungen
Aus- und Weiterbildung für Hygienefachkräfte am Hygiene-Institut HH
Kooperation des Landesamtes für Arbeitssicherheit SH und den entsprechenden Hamburger Behördeneinheiten.
Kooperation im Bereich der Krankenhausnotfallübung (WM 2006)
Gemeinsamer Bibliotheksverbund (GVB)
Institut für niederdeutsche Sprache (INS)
Norddeutsche Blindenhörbücherei Hamburg
Gemeinsames E- Government/IT – Angebot <ul style="list-style-type: none"> - Ziel: E-Government-Anwendungen bei Erstellung und Betrieb möglichst gemeinsam und in den bundesweiten Zusammenhängen zu erstellen. - Laufende Erweiterung der Infrastruktur und Beteiligung an den Deutschland –Online Projekten
Teilmenge: Projekt HH und SH für eine gemeinsame E-Government-Plattform, die die bisherigen Lösungen von HH und SH integriert und für weitere Nutzer offen steht. Zielgruppe Kommunen SH und Metropolregion.
Teilmenge: Projekt HH, SH, HB und ab 2005 auch NI für einen bundesweiten Verzeichnisdienst für Adressierung von Nachrichten im Rahmen von e-Government.
Gemeinsame Beschaffung von Waren und Dienstleistungen <ul style="list-style-type: none"> - Vorbereitung eines Benchmarking über mögliche Warengruppen in allen norddeutschen Ländern. - Prüfung von Einsparpotentialen allgemein - Erarbeitung eines Vergleichs der Gebäudereinigungskonzepte der norddeutschen Länder durch HH

Teilmenge: Beschluss der Länder HH und SH auf der gemeinsamen Kabinettsitzung vom 28.9.2004 Waren und Dienstleistungen künftig gemeinsam zu beschaffen.

Benchmarking der Norddeutschen Länder

In folgenden Bereichen soll ein Benchmarking der norddeutschen Länder mit Bayern stattfinden

- Arbeitsteilige Profilbildung der Hochschulen
- Statistik/Statistische Landesämter
- Lehrerbildung
- Besoldung/Versorgung/Beihilfe
- Ggf. Gemeinsame Beschaffung

Kooperation bei der Bezügeabrechnung inkl. Beihilfe, Versorgung, Familienkasse

- Länderübergreifende Kooperation zur Steigerung der Effizienz und Effektivität der IT-gestützten Personalmangementsysteme
- Einheitliches Verfahren

Fusion des Landesamtes für Informationstechnik, der Abteilung IuK des Senatsamtes für Bezirksangelegenheiten und der Datenzentrale Schleswig-Holstein zu Dataport.

Ziel: Effiziente und kostengünstige gemeinsame Erfüllung der Aufgaben.

Nordwestdeutsche Klassenlotterie

Verwaltungskoop. Justizvollzug

- Prüfung, wie die jeweiligen Einrichtungen besser und gemeinsam genutzt werden können. Konkrete Kooperationsgespräche im Bereich Beschaffung und IT.

Gemeinsames Prüfungsamt für juristische Staatsexamen

Mehrländer Staatsanwaltschaftsautomation (MESTA) – Unterstützung aller Geschäftsbereiche

Gemeinsame Rechtspflegerausbildung

Mehrländer Gerichtsautomation (MEGA)

Gemeinsame Zuständigkeit des LG Hamburg für Rechtsstreitigkeiten über technische Schutzrechte

Gemeinsame Nutzung der Abschiebehafte Glaasmoor

Gemeinsames Prüfungsamt zur Abnahme der Prüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft

Zusammenfassung des weiblichen Jugendstrafvollzuges in der Jugendabteilung der Justizvollzugsanstalt Frauen Vechta

Mitnutzung des Zentralkrankenhauses bei der Untersuchungsanstalt HH

Gemeinsame Zentrale Adoptionsstelle (GZA) für die Länder Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein

Ziel: Gemeinsame Stelle zur Auslandsvermittlung von Adoptionen nach dem Adoptionsübereinkommens-Ausführungsgesetz
Kooperation bei der Ausbildung des gehobenen Dienstes in der Rentenversicherung (Zusammenarbeit der Landesversicherungsanstalten)
Kooperation des ehemaligen Versorgungsamtes der FHH mit der Landessozialverwaltung in SH